

Vier-Punkte-Spiel für die Handballer des TVB Stuttgart im Lemgo

SCHORNDORFER NACHRICHTEN

www.schorndorfer-nachrichten.de

SCHORNDORFCARD
 POWERED BY STADTWERKE SCHORNDORF
MIT UNS PUNKTEN SIE RICHTIG
 Bitte beachten Sie die neue, monatliche Serie im Innenteil unserer Zeitung.
 Nähere Infos unter www.schorndorfcard.de

Seite D 5

Zeitungsverlag Waiblingen E 5404

Freitag, 19. Mai 2017

72. Jahrgang

Nr. 115

1,80 Euro

Schorndorf

Eine Woche lang Kunst, wohin das Auge blickt

Projektwoche der Schillerschule Haubersbronn geht heute zu Ende

► Seite B 2

Remshalden

Gemeinde steckt Millionen in die Sanierung der Kanäle

Nächster Abschnitt: 430 000 Euro für Kanäle in Geradstetten-Nord

► Seite B 3

Rems-Murr

Aygül Aras reist ins zerschossene Ostanatolien

Angst hat sie nicht: Sie will und muss dort Kindern helfen

► Seite C 1

Rems-Murr

Prozess um Schießerei an Bushaltestelle in Weissach

Er hatte in Weissach rund 80 Schüsse abgegeben auf Autos, eine Bushaltestelle und ein Haus. Wegen versuchten Totschlags, Sachbeschädigung und gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr steht ein 45 Jahre alter Mann jetzt vor dem Stuttgarter Landgericht.

► Seite C 1



Polizeieinsatz nach Schüssen im Oktober.

Wir sind für Sie da

AboService (071 51) 566-444 aboservice@zvw.de

Anzeigen (071 51) 566-411 anzeigen@zvw.de

Redaktion (0 71 81) 92 75 - 20

Lokal schorndorf@zvw.de (0 71 51) 566 - 275

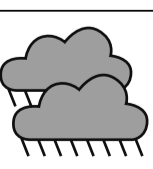
Kreis kreis@zvw.de (0 71 51) 566 - 262

Sport sport@zvw.de

Börse

Dax	Euro Stoxx 50	Euro
12 590,06 Pkt. -41,55 Pkt.	3562,22 Pkt. -22,61 Pkt.	1,1138 Dollar +0,31 Cent

Wetter



Mittags 16°
Nachts 8°
Verbreitet schauerartiger Regen, einzelne Gewitter



Richtfest am Schorndorfer Burg-Gymnasium



Ehe sie das Glas in die Tiefe geworfen und am Boden zerschellen lassen haben, haben der Bauleiter und der Polier der Firma Gottlob Rom-

mel beim Richtfest am Neubau des Schorndorfer Burg-Gymnasiums einen kräftigen Schluck auf das gute Gelingen des seitherigen Werks ge-

nommen. In stark einem Jahr soll die neue Schule mit ihren 32 Klassenzimmern bezugsfertig sein. Bild: Habermann

► Seite B 1

Fahrverbote: Kretschmann wirft Dobrindt Nichtstun vor

Ministerpräsident setzt auf Diesel-Nachrüstung – Heute Auto-Gipfel in Stuttgart

Lang ist es her, dass der Ministerpräsident den Autobauern mit der „Innovationspeitsche“ drohte, damit ihre Fahrzeuge sauberer würden. Inzwischen setzt Kretschmann längst auf Dialog und bittet die Autobranche zum Gespräch.

VON ANNE GUHLICH UND RAINER PÖRTNER

STUTTGART. In der Diskussion über drohende Fahrverbote hat Ministerpräsident Winfried Kretschmann Bundesverkehrsminister Alexander Dobrindt (CSU) scharf attackiert. Er fühle sich von Dobrindt nicht ausreichend unterstützt, sagte er gegenüber unserer Zei-

tung. „Ich bin mit dem Koalitionspartner einig, dass wir die Blaue Plakette brauchen, und da weigert sich Herr Dobrindt“, kritisierte Kretschmann, der ein grün-schwarzes Bündnis anführt. „Er wartet offensichtlich auf die Lösungen, die wir in Baden-Württemberg finden.“

Dobrindt hätte beim Thema Luftreinhaltung den Städten und Gemeinden den Schwarzen Peter zugespielt, so der Grüne. „Ich will noch mal daran erinnern, dass er einmal laut getönt hat, er würde keine Fahrverbote verhängen, das könnten ja die Kommunen selbst tun.“ Er sei froh, dass er die Hersteller und Zulieferer im Land davon überzeugen konnte, nun nach einer gemeinsamen Lösung zu suchen. „Denn der Bundesverkehrsminister war ja offensichtlich

nur mit seiner Ausländermaut beschäftigt, und alles andere ist liegen geblieben.“ Kretschmann bekräftigte sein Ziel, nach Lösungen zu suchen, die Fahrverbote in Stuttgart doch noch überflüssig machen. Die Industrie hat bereits ein entsprechendes Konzept vorgelegt: „Was den Vorschlag zur Nachrüstung betrifft, habe ich Hinweise, dass diese zu vertretbaren Kosten für bis zu 60 Prozent der bestehenden Euro-5-Flotte möglich ist“, sagte der Ministerpräsident. „Das geht in die richtige Richtung.“

An diesem Freitag will sich der Ministerpräsident in Stuttgart mit den Chefs der wichtigsten Hersteller, Zulieferer und Verbänden der Autoindustrie und angrenzenden Branchen treffen, um über die Zukunft der Branche zu sprechen.

Deutsche Bank will ihre Ex-Chefs zur Kasse bitten

FRANKFURT (StN). Die Deutsche Bank will ihre Ex-Manager für die Skandale der vergangenen Jahre bezahlen lassen. „Der Aufsichtsrat unter meiner Führung ist intensiv dabei, die Vergangenheit und auch die Verantwortung der zu dieser Zeit Amtierenden aufzuarbeiten“, so Aufsichtsratschef Paul Achleitner bei der Hauptversammlung des Dax-Konzerns. „Nach Erwartung des Aufsichtsrats wird es in den nächsten Monaten hierzu eine Regelung geben, die einen wesentlichen finanziellen Beitrag der Betroffenen sicherstellt.“ Betroffen sind nach früheren Angaben elf inzwischen ausgeschiedene Vorstände, darunter die früheren Vorstandschefs Josef Ackermann, Jürgen Fitschen und Anshu Jain. Allein in Jains Fall soll es um 5,3 Millionen Euro gehen.

► Kommentar

Mehr Demokratie Wagen!

Damit sie es ausrollen lassen kann, hat die abgewählte Ministerpräsidentin von Nordrhein-Westfalen, Hannelore Kraft (SPD), noch mindestens ein Jahr lang Anspruch auf einen Dienstwagen mit Fahrer – „zur Wahrnehmung nachwirkender Aufgaben aus dem Amt“, wie es offiziell heißt. So ein Amt wirkt nämlich brutal nach: Oft wacht man schweißgebadet auf und glaubt, man müsse noch regieren. Da ist es dann gut, wenn ein Fahrer vor der Tür steht, der einen zurück ins Haus bringt. Bei den Bürgern kommt das Privileg allerdings nicht gut an, weshalb Kraft nun darauf verzichtet: kein Dienstwagen mehr, kein Fahrer. Wie nobel! Hätte Kraft den Mut gehabt, das vorher zu sagen – die Leute hätten sie womöglich gar nicht abgewählt. (rai)



Trump sieht sich als Opfer einer „Hexenjagd“

WASHINGTON (dpa/StN). In der Russland-Affäre verstärkt sich der Druck auf den schwer angeschlagenen US-Präsidenten Donald Trump. Das Justizministerium setzte den früheren FBI-Chef Robert Mueller als Sonderermittler ein, um die Untersuchung zu möglichen Absprachen zwischen Trumps Wahlkampfteam und Russland zu leiten. Trump wittert dahinter eine Kampagne politischer Gegner. „Das ist die bei Weitem größte Hexenjagd auf einen Politiker in der amerikanischen Geschichte!“, schrieb er am Donnerstag im Kurznachrichtendienst Twitter. Die Nachrichtenagentur Reuters berichtete, dass die Verbindungen zwischen Mitgliedern aus Trumps Wahlkampfteam und Vertretern Russlands umfangreicher gewesen seien als bislang angenommen.

► Seite 3

Stuttgart soll zum Verweilen einladen

Oberbürgermeister Kuhn und Gemeinderat beschäftigen sich auf Klausurtagung mit Entwicklung bis 2030

VON JOSEF SCHUNDER

STUTTGART. Oberbürgermeister Fritz Kuhn (Grüne) und der Stuttgarter Gemeinderat wollen aus anderer Perspektive auf die Zukunft der Landeshauptstadt blicken. An diesem Freitagmittag starten sie zu einer zweitägigen Klausurtagung in Stimpfach-Rechenberg (Kreis Schwäbisch Hall) nahe der Grenze zu Bayern. „Vision Stuttgart 2030“ lautet der Titel der Veranstaltung in einem Hotel, das passenderweise Rössle heißt,

schließlich schmückt die Stadt ihr Wappen mit einem schwarzen Pferd. Wenn alles gut geht, könnte an diesem Samstag Konsens darüber bestehen, wie die Verhältnisse in Stuttgart in 13 Jahren sein dürften – und welche Handlungsfelder sich ergeben. Welche Maßnahmen das erfordert, wird wohl erst in den nächsten Jahren herausgearbeitet.

2015 hatte die CDU gefragt, wo die Grenzen des Wachstums in Stuttgart sind und wie viel mehr als die derzeit 610 000 Einwohner die Stadt verkraften kann. Diese Grundfrage

ist auch in dem Positionspapier enthalten, das Kuhn den Stadträten vorab präsentierte. Darin heißt es: „Meine Vision für Stuttgart umfasst auch einen urbaneren Städtebau. Die Aufenthaltsqualität in der Stadt muss verbessert werden. Wir wollen eine Stadt sein, die zum Verweilen einlädt und nicht zum Durchrauschen.“

Zu den großen Herausforderungen zählt für Kuhn, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und die Kita-Versorgung auszubauen. Weitere Themen sind die Zukunftsfähigkeit

Richterbund kritisiert viel zu lange Verfahren

Verband: Strafjustiz überlastet – Anwälte wehren sich gegen Vorwürfe

VON GEORGE STAVRAKIS

STUTTGART. Ein Mann aus dem Großraum Stuttgart wird aus der U-Haft entlassen und muss dann mehr als drei Jahre auf seinen Prozess warten – kein Einzelfall. Der Deutsche Richterbund (DRB) kritisiert deshalb die oft überlange Verfahrensdauer in Strafsachen und drängt die Bundesregierung, noch vor der Bundestagswahl im September das Strafprozessrecht zu entschärfen. „Der richtige Anspruch, Strafen möglichst rasch nach der Tat zu verhängen, bleibt mit einer chronisch unterbesetzten Justiz ein frommer Wunsch“, so der Richterbund. In etlichen Bundesländern fehlten mehrere Hundert Staatsanwälte. Auch müssten Verteidiger, die einen Prozess verschleppen wollen, effektiver in die Pflicht genommen werden.

Die Rechtsanwaltskammer (RAK) Stuttgart hält dagegen. An der Überlastung der Strafjustiz seien entgegen den Ausführungen des DRB nicht die Strafverteidiger schuld, so RAK-Präsidentin Ulrike Paul.

► Seite 3

Kommentar

Tätige Reue?

Ex-Vorstände sollen für Skandale bei Deutscher Bank zahlen

VON BARBARA SCHÄDER

Die ehemalige Führungsriege der Deutschen Bank soll für die Verfehlungen der Vergangenheit büßen. Einen Teil der Bonuszahlungen an Anshu Jain, Jürgen Fitschen, Josef Ackermann und weitere Ex-Vorstände hat das Institut bereits einbehalten. Nun sollen sie nicht nur verzichten, sondern draufzahlen – wobei das Institut auf eine Verhandlungslösung setzt. Denn um die früheren Manager zu Zahlungen zu verpflichten, müssten ihnen persönliche Verfehlungen nachgewiesen werden – was wohl allenfalls am Ende eines langen Rechtsstreits möglich wäre.

Moralisch betrachtet wäre es durchaus wünschenswert, die Rolle zumindest einzelner Führungskräfte vor Gericht zu beleuchten. Der 2015 an die Öffentlichkeit gedruckte Bericht der Finanzaufsichtsbehörde Bafin zu Zinsmanipulationen bei der Deutschen Bank schreibt dem früheren Investmentbanking-Chef Jain eine Mitverantwortung für den Skandal zu, der das Institut Milliarden gekostet hat. Ein Prozess aber würde unweigerlich weitere Einzelheiten über die damaligen Zustände bei dem Geldhaus ans Licht bringen, was für dessen Geschäfte kaum förderlich wäre. Von dem sich abzeichnenden „freiwilligen finanziellen Beitrag“ der Ex-Manager erhoffen sich wohl alle Beteiligten Ruhe. Nach Jahren der Vergangenheitsbewältigung will die Deutsche Bank den Blick nach vorne richten und endlich wieder richtig Geld verdienen.

Unter geschäftlichen Gesichtspunkten ist das nachvollziehbar. Allerdings ist nicht sicher, dass die Rechnung auf geht angesichts des gewaltigen öffentlichen Unmuts, der sich seit der Finanzkrise aufgestaut hat. Ob die Mehrheit der Gesellschaft einen Schlussstrich unter die Skandale der Vergangenheit akzeptiert, wird entscheidend von der Höhe der Zahlungen von Jain & Co abhängen.

barbara.schaeder@stzn.de